Günter Hager-Madun

United Sovereigns Projekt

Emanzipatorische Diskussionsplattform für eine Politik der kreativen Vernunft. Praxisbericht.

1 Ausgangssituation.

In der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg versuchten alle Alliierten in ihrem Einflußbereich Wohlstand schaffende Systeme zu installieren. Durch die Existenz einer gesellschaftlichen Alternative motiviert, entschlossen sich die Vertreter des Kapitals mit den arbeitenden Menschen einen "positiven Klassen-Kompromiss" zu vereinbaren (Erik Olin Wright). Dieser basierte auf dem Konzept der "Sozialen Marktwirtschaft", das ursprünglich als Neoliberalismus bezeichnet wurde. Dieser Begriff wurde von August von Hayek und Milton Friedman, den im Tarnen und Täuschen hochbegabten Vätern des - heute Neo-liberalismus genannten – Ellborgenliberalismus, skrupellos entwendet. Als das staatskapitalistische Sowjet-imperium 1989 zusammenbrach, beendete der Kapitalismus den positiven Klassenkompromiss. Bereits 1970 war das Bretton Woods System der fixen Wechselkurse aufgegeben worden, jetzt wurden die Märkte deregu-liert und der Ellbogenliberalismus sogar im Art 26 des Vertrages über die Arbeitsweise der EU verankert.

Die Bürger_innen reagierten auf die negativen Begleiterscheinungen der Entfesselung des Kapitalismus. Die Sozialforumsbewegung startete im Jänner 2001 in Porto Alegre. Auf den Weltsozialforen diskutierten hunderttausende Menschen aus der ganzen Welt aktuelle Probleme und Lösungen. Zuletzt heuer in Tunis. Durchgängiges Merkmal der Foren ist, dass sie viele Menschen auf die Beine bringen und vor allen in den jeweiligen Gastgeberländern die Menschen für den Kampf gegen systembedingte Missstände sensibilisieren. Neben den Inhalten war und ist auch das gemeinsame Erleben wesentlich für die Anziehungskraft der Foren. Dass zwischen den Foren die Dynamik stark abebbte, hat auch damit zu tun, dass es zwischen den Teilnehmer_innen kaum verbindenden Strukturen und Projekte gab.

Konstant gut funktioniert die Mobilisierung bei Protestveranstaltungen zu WTO Treffen, Klimawandelkon-ferenzen, G7-und-20-Gipfeln, Occupy- und Blockupyevents und der Widerstand gegen die Austeritätspolitik in Griechenland und Spanien. Leider trifft das auch auf Phänomene zu, die zu Problemen bei Betroffenen und Beteiligten führen:Den Flüchtlingsstrom und den Terrorismus der den Islam mißbrauchenden Islamisten.

Was sich über alle Ereignisse hinaus als Mobilisierungsauslöser beobachten läßt, sind erlebte Bedrohungen, attraktive Aussichten und gemeinsame Erlebnisse. In einem großen Teil der Menschen macht sich aber auch Politikverdrossenheit breit. Die zunehmende berufliche Belastung läßt immer weniger Zeit für sinnvolles Engagement. Viele fühlen sich in der repräsentativen Demokratie entmachtet. Das hat auch damit zu tun, dass sich die realpolitischen Auswirkungen vieler Bürger_innenproteste in Grenzen halten.

Ein funktionierendes System zeichnet sich dadurch aus, dass sich die Menschen nicht permanent *gegen etwas* engagieren müssen, sondern ihre Energie *für etwas* einsetzen können. Darauf zielt dieses Projekt langfristig ab. Um die Menschen für so eine Systemänderung zu gewinnen, müssen wir die Bedrohungen benennen, attraktive Aussichten gemeinsam entwickeln und durchsetzen und das Ganze mit erfreulichen Erlebnissen verbinden. Wo vieles in diesem Sinn schon richtig gemacht wurde, sind die griechische und spanische Erneuerungsbewegung und die Stopp TTIP Kampagne. Innerhalb von nur zwei Monaten konnte die erforderliche Million an Unterzeichner_innen gewonnen werden. Heute sind es bereits über 1,6 Mio. Ausschlaggebend dafür war eine exzellente Arbeit der Kampagnenleitung und der sich beteiligenden 350 Organisationen. Es ist zu wünschen, dass wir mit diesem Europa-Erneuerungsprojekt an dieser Erfolgsstory und an einer griechischen und spanischen Erneuerungsbewegung anknüpfen können, die nicht von den Befürworter_innen der gescheiterten Austeritätspolitik aus Europa hinausgedrängt wurde. Dann wären wir mit verantwortungsvollen Politik-Partner_innen auf dem besten Weg zur erforderlichen kritischen Masse.

2 Zielsetzung.

Vorrangiges Ziel des United Sovereigns Projekts ist die Abkehr von einer anti-sozialen, undemokratischen, ungleichverteilungs- und gewinnmaximierungsfördernden Politik, die Verwirklichung einer „Politik der kreativen Vernunft“ (siehe umseitig), die Wiederbelebung der Demokratie und eine verstärkte Beteiligung der Bürger_innen am politischen Prozess, die Wiederherstellung des Primats der Politik und Bürger_innen-rechte und die damit einhergehende Beendigung der Vorherrschaft der Finanzoligarchie und Großkonzerne.

3 Verfassungsbasierte Selbstermächtigung.

Die Menschen können - als von den Verfassungen ihrer Staaten autorisierte souveräne Bürger_innen - auf der United Sovereigns Plattform eine „Politik der kreativen Vernunft“, die auf dem Prinzip einer „Solidarischen Partnerschaftlichkeit“ basiert (siehe unten) und eine nachhaltige Abkehr von der anti-sozialen, undemokratischen, ungleichheits- und profitmaximierungsfördernden Politik der Vergangenheit einfordern. Als Format dafür bietet sich eine durch Pledges (Vereinbarungen bei Wahlen mit Politiker_innen, sich für z.B. Solidarische Partnerschaftlichkeit zu engagieren) verstärkte, selbstermächtigte Europäische Bürger_innen Initiative an: „Stopp TTIP forever“. Die Kampagne sollte begonnen werden, sobald TTIP vom Tisch ist. Unterzeichnen kann man hier http://www.eunew.eu/index.php/2014-06-17-19-17-04/initiative-unterzeichnen ab sofort. Á la longue könnte daraus eine europaweite, partei- und organisationsübergreifende Allianz aller Befürworter_innen eines sozialen, demokratischen, ökologischen und friedlichen Europas entstehen.

4 Infrastrukturaufbau.

Für die Durchführung des Projektes wird von angesehenen Institutionen eine eigenständige Service-Einheit eingerichtet, von der die transnationale, organisations- und parteiübergreifende, multilinguale Internet Plattform www.unitedsovereigns.org betrieben wird. Auf dieser können vernünftige politische Konzepte europaweit diskutiert werden. Bis zum Kongress sollten nähere Umsetzungsdetails geklärt sein.

5 Entwicklung und Umsetzung einer Politik der kreativen Vernunft.

Im Rahmen des „Konzepts der kreativen Vernunft“ werden für alle wichtigen Politikfelder Systemzustände formuliert, die in ihrem Zusammenwirken ein „Gutes Leben für alle“ ermöglichen. Als Leitidee für eine Politik der kreativen Vernunft bietet sich „Solidarische Partnerschaftlichkeit“ als eine Verdichtung des europäischen Urwertekanons Freiheit - Gleichheit – Geschwisterlichkeit an. Als Beschreibung einer Begegnung freier Menschen auf gleicher Augenhöhe mit gegenseitiger geschwisterlicher Förderung. „Solidarische Partnerschaftlichkeit“ knüpft an Kants Kategorischen Imperativ und den Volonté General von Rousseau an. Die Spezifikation „Solidarisch“ ist notwendig, weil neoliberale Protagonist_innen den Begriff „Partnerschaftlichkeit“ permanent mißbrauchen, um Eigeninteressen durchzusetzen.

„Solidarische Partnerschaftlichkeit“ findet sich dem Sinn nach in allen gemeinwohlorientierten Kulturen und wird erfreulicherweise von Millionen Menschen weltweit praktiziert. Es fördert ein ideologieübergreifendes Miteinander, indem es das Begriffspaar Empathie und Ergebnisorientierung integriert und damit den Links-Rechts-Antagonismus auflöst. Als Frage unterstützt es die situative Konsentfindung: „Wie handle ich so, dass alle - meine eigenen Interessen, das Gemeinwohl, die Natur und zukünftige Generationen eingeschlossen - mit Prozess und Ergebnis möglichst gut leben können?“ Sollte das trotz Unterstützung von Mediator_innen nicht gelingen, ist durch geeignete Verfahren eine Entscheidung herbeizuführen, bei der das Gemeinwohl Vorrang vor Partikularinteressen hat.

Damit die Verträge mit der für die Wiederherstellung des Primats der Politik unverzichtbaren Re-Regulierung der Märkte in Einklang gebracht werden können, ist - in Abänderung der im Artikel 26 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischsen Unions formulierten vier neoliberalen Ellbogenfreiheiten - eine primärrechtliche Verankerung einer auf „solidarischer Partnerschaftlichkeit“ gegründeten Freiheit als oberstes EU-Prinzip und Maßstab für alle supranationalen, nationalen und subnationalen Rechtsetzungen und Praktiken anzustreben. A. Fihsan erachtet Vertragsänderungen für jede nicht-neoliberale Politik als unverzichtbar.

Veröffentlicht und zur Diskussion gestellt wird das Konzept auf der multilingualen Internet-Plattform Die Plattform eröffnet die Möglichkeit, eine Politik, in der die Interessen von Mensch und Natur Vorrang haben, zum Standard zu erklären. Den Bürger_innen soll die Beteiligung leicht und attraktiv gemacht werden, unter anderem durch transnationale Begegnungen und periodische individuelle Prämierungen. Langfristig soll es in einem europäischen Konvent eingebracht, diskutiert und beschlossen werden. Erste Beispiele gibt es bereits auf http://www.eunew.eu/index.php/europa-neu/europa-neu-neu zu sehen. Mehr bis zum Kongress.

6 Einsprüche der kreativen Vernunft.

Das „Konzept der kreativen Vernunft“ darf nicht Theorie bleiben. Vorrangig muss die Vermeidung einer anti-sozialen, undemokratischen, ungleichheits- und profitmaximierungsfördernden Politik sein. Auch wenn für das betroffene Politikfeld noch keine Grundsätze formuliert wurden. Aufgrund ihrer Transnationalität erleichtert die Plattform eine europaweite Mobilisierung. Zum gegebenen Zeitpunkt geht es um Änderungen, die für die Wiederherstellung des Primats der Politik erforderlich sind. Mehr dazu http://eunew.eu/index.php/2014-01-06-15-58-29/voraussetzungen-fuer-die-wiederherstellung-des-primats-der-politik